

Taunus-Zeitung.

Offizielles Organ der Behörden des Amtsgerichtsbezirks Königstein.

Kelheimer- und
Hornauer Anzeiger

Nassauische Schweiz • Anzeiger für Ehlhalten,
Eppenhain, Glashütten, Ruppertsheim, Schloßborn

Falkensteiner Anzeiger
Fischbacher Anzeiger

Erscheint am Montag, Mittwoch, Freitag und Samstag. Bezugspreis vierteljährlich 2.40 M. monatlich 80 Pfennig. Anzeigen: Die 41 mm breite Zeitspalt: 20 Pfennig für amtliche und auswärtige Anzeigen, 15 Pfennig für hiesige Anzeigen; die 85 mm breite Reklame-Zeitspalt im Textteil 60 Pfennig; tabellarischer Satz wird doppelt berechnet. Adressennachweis und Anzeigengebühr 20 Pfennig. Ganze, halbe, dritte und viertel Seiten, durchlaufend, nach besonderer Berechnung. Bei Wiederholungen unänderlicher Anzeigen in

Mittwoch

6

November

kurzen Zwischenräumen entsprechender Nachschub. Jede Nachschubbewilligung wird hinsichtlich der gerichtlichen Vertreibung der Anzeigengebühren. — Einfache Beilagen: Tausend 9.50 Mark. Anzeigen-Aufnahme: Frühere Anzeigen müssen am Tage vorher, kleinere bis aller- spätestens 9 1/2 Uhr vormittags an den Erscheinungstagen in der Geschäftsstelle eingetroffen sein. — Die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen oder an bestimmter Stelle wird nicht bewilligt, eine Gewähr hierfür aber nicht übernommen.

Geschäftsstelle:

Königstein im Taunus, Hauptstraße 41.
Fernsprecher 44.

42. Jahrgang

Nr. 174 • 1918

Verantwortliche Schriftleitung, Druck und Verlag:
Pb. Aleinbühl, Königstein im Taunus.
Postfachkonto: Frankfurt (Main) 9927.

Ein Aufruf der deutschen Reichsregierung an das Volk.

Berlin, 4. Nov. (W. B. Amtlich.)

An das deutsche Volk!

Die Not der Zeit lastet auf der Welt und auf dem deutschen Volk. Wir müssen diese schweren Tage und ihre Folgen überwinden. Heute schon müssen wir arbeiten für die glücklicheren Zeiten, auf die das deutsche Volk ein Anrecht hat. Die neue Regierung ist am Werke, diese Arbeit zu leisten. Wichtiges ist erreicht:

Das gleiche Wahlrecht in Preußen ist gesichert.

Eine neue Regierung hat sich aus den Vertretern der Mehrheitsparteien gebildet.

Der Reichskanzler und seine Mitarbeiter bedürfen zu ihrer Amtsführung das Vertrauen des Reichstages und damit des Volkes.

Grundlegende Rechte sind von der Person des Kaisers auf die Volksovertretung übertragen worden.

Kriegserklärung und Friedensschluss unterliegen der Genehmigung des Reichstages.

Die Unterstellung der Militärverwaltung unter den verantwortlichen Reichskanzler ist durchgeführt.

Eine weitgehende Amnestie wurde erlassen.

Pressfreiheit und Versammlungsrecht sind gewährleistet. Doch vieles bleibt noch zu tun.

Die Umwandlung Deutschlands in einen Volksstaat, der an politischer Freiheit und sozialer Fürsorge hinter keinem Staat der Welt zurückstehen soll, wird entschlossen weitergeführt.

Die Neugestaltung kann ihre befreiende und heilende Wirkung nur ausüben, wenn sie einen Geist in den Verwaltungs- und Militärbehörden findet, der ihren Zweck erkennt und fördert. Wir erwarten von unseren Volksgenossen, die in amtlicher Stellung dem Gemeinwesen zu dienen berufen sind, daß sie unsere willigen Mitarbeiter sein werden.

Wir brauchen in allen Teilen des Staates und des Reiches die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit durch das Volk selbst. Wir haben Vertrauen zu dem deutschen Volke. Es hat sich in vier furchtbaren Kriegsjahren glänzend bewährt. Es wird sich nicht von Phantasien sinnlos und nutzlos in neues Elend und Verderben hineinreiben lassen.

Selbstzucht und Ordnung tun not. Jede Disziplinlosigkeit wird dem Abschluß eines baldigen Friedens auf das schwerste gefährden.

Die Regierung und mit ihr die Leitung von Heer und Flotte wollen den Frieden. Sie wollen einen ehrlichen und sie wollen ihn bald. Bis dahin müssen wir die Grenzen vor dem Einbruch des Feindes schützen.

Den seit Wochen in harten Kämpfen stehenden Truppen muß durch Ablösung Ruhe geschaffen werden. Nur zu diesem Zwecke, aus keinem anderen Grunde sind die Einberufungen der letzten Zeit durchgeführt worden.

Den Mannschaften des Landheeres und der Flotte wie ihren Führern gebührt unser besonderer Dank; durch ihren Todesmut und ihre Manneszucht haben sie das Vaterland gerettet.

Zu den wichtigsten Aufgaben gehört der Wiederaufbau unserer Volkswirtschaft, damit die von der Front in die Heimat zurückkehrenden Soldaten und Matrosen in geordneten Verhältnissen die Möglichkeit vorfinden, ihre und ihrer Familie Existenz wieder zu sichern. Alle großen Arbeitgeberverbände haben sich bereit erklärt, ihre früheren, jetzt eingezogenen Angestellten und Arbeiter sofort wieder einzustellen. Arbeitsbeschaffung, Erwerbslosenunterstützung, Wohnungsfürsorge und andere Maßnahmen auf diesem Gebiet sind teils in Vorbereitung, teils schon ausgeführt.

Mit dem Friedensschluss wird sich bald eine Besserung der Ernährung sowie aller Lebensverhältnisse einstellen.

Deutsche Männer und Frauen!

Kampf und Friede sind unsere gemeinsame Aufgabe, Staat und Reich sind unsere gemeinsame Zukunft. Euer Vertrauen, das uns unerlässlich ist, in der Stunde der Gefahr, ist in Wahrheit nichts anderes als das Vertrauen des

deutschen Volkes zu sich selbst und zu seiner Zukunft. Die gesicherte Zukunft Deutschlands ist unser Verlass.

Berlin, den 4. November 1918.

Der Reichskanzler Max, Prinz von Baden, der Stellvertreter des Reichskanzlers v. Papen, der Vizepräsident des preussischen Staatsministeriums Dr. Friedberg, die Staatssekretäre: Dr. Solf, Graf v. Rüdern, Dr. v. Krause, Rüßlin, v. Wadlow, Frhr. v. Stein, Scheidemann, Gröber, Erzberger, Haubmann, Bauer, Trimborn, der Staatssekretär des Reichsmarineamts Ritter v. Mann, der Kriegsminister Scheuch.

Der Kaiser.

Berlin, 4. Nov. In der Kaiserfrage ist eine Entscheidung bis jetzt nicht eingetreten, und dürfte auch in den nächsten Tagen nicht erfolgen. Es handelt sich also weiter um eine offene Frage, in der die Meinungen nach wie vor weit auseinandergehen.

Die Lage an der Westfront.

Die Lage an der Westfront ist unter der Wirkung der seit dem 1. November mit verstärkter Gewalt losgebrochenen Großangriffe mehrerer feindlicher Stoßarmeen abermals schwieriger geworden. In den letzten Tagen waren zur Wiederherstellung und Festigung mehrerer Frontabschnitte, die durch tiefe Einbrüche gelitten hatten, beträchtliche Korrekturen notwendig, und schon wieder zeigt sich im Zentrum, an der alten Hauptdurchbruchfront von Cambrai—St. Quentin, eine neue starke Beule, die sich gegen Bapaume vorwölbt. Wir müssen uns darüber im klaren sein: wenn auch die Abwehrschlacht und der deutsche Rückzug dank der noch immer im höchsten Grade bewundernswerten Haltung unserer Armeen in ein wohlgeordnetes strategisches System gebracht werden konnte, so ist die Lage an der Westfront nach wie vor kritisch. Und so wird es bleiben, solange der Feind Kraft und Mittel zur Fortführung seiner Gewalttätigkeiten hat.

Seit dem 1. November ist es unseren Feinden auf den beiden Flügeln gelungen, unsere Front zurückzudrängen: in Belgien gingen wir von der Lys überall an die Schelde zurück, sodas Gent nunmehr bedauerlicherweise in die Kampfzone fällt. Die Scheldelinie dürfte dem Feind große Schwierigkeiten bieten. Auf dem linken Flügel haben die Amerikaner in Verbindung mit den Franzosen zwischen Aisne und Maas einen bedeutenden Erfolg dadurch erzielt, daß ihr Einbruch westlich der Maas unsere Heeresleitung veranlaßt hat, den stehengebliebenen Frontvorsprung südlich von Vouziers zurückzunehmen. Die Front läuft nun von Rethel (an der Aisne) in östlicher Richtung etwa 15 Kilometer nördlich von Grand Pré vorbei und dann, anscheinend nach Südosten abbiegend, zur Maas. Damit sind wichtige Höhenstellungen, die bei Vouziers die Aisneübergänge verblockten hielten, und die Höhen bei Busancy, welche nach amerikanischem Bericht die Bahnlinie Montmedy Longunon beherrschten, an den Feind verloren gegangen. Die Angriffsstellung der Alliierten auf unserem linken Flügel (der Drehpunkt unserer ganzen Front liegt bekanntlich im Raum von Metz) ist somit bedeutend verstärkt worden. Die Frontkorrektur hat aber die Kontinuität der deutschen Linie gewahrt.

Der Abschnitt zwischen der Schelde und dem Duse-Sambre-Kanal (den unsere Skizze zeigt) ist der Schauplatz der enormen Angriffe, welche Engländer und Franzosen am 4. November begonnen haben. Die deutsche Front ist südlich von Valenciennes über den Annelbach und über Le Quesnoy zurückgedrückt worden und hat dem Feind einen Teil des Mormal-Waldes überlassen müssen. Wichtiger noch ist, daß der Feind südlich von Catillon den Kanal überschritten und östlich dieses Wasserlaufs Fuß gefaßt und sich entwickelt hat. Aus dem deutschen Bericht ergibt sich aber, daß trotz dieser ernst zu nehmenden Einbrüche der Feind überall rechtzeitig zum Stehen gebracht worden ist. Vor allem: eine Auswertung der taktischen Erfolge zu großem strategischen Gewinn ist den Angreifern nicht gelungen. Und das ist heute der allein entscheidende Gesichtspunkt.

Die Waffenstillstands-Verhandlungen.

Einigung der Alliierten.

Haag, 5. Nov. Das Holländische Neuwsbureau meldet aus London: Im Unterhause teilte heute Lloyd George mit, daß die Alliierten den Präsidenten Wilson ersucht haben, er möge Deutschland mitteilen, daß es sich, falls es die Waffenstillstandsbedingungen, über die sich die Alliierten geeinigt haben, hören wolle, in üblicher Weise an den Marschall Foch wenden müsse. (Frh. Zig.)

Persönliches Erscheinen Wilsons auf der Friedenskonferenz?

Lugano, 5. Nov. Nach einer Meldung der Londoner "Times" aus New York hat Wilson beschlossen, persönlich auf der Friedenskonferenz zu erscheinen.

Lord Northcliffe über den Frieden.

Der Chef des englischen Propagandadienstes Lord Northcliffe, veröffentlicht in der "Times" einen Artikel, der sich mit dem Friedensprogramm beschäftigt. Bei dem Einfluß, dessen sich Northcliffe, einer der übelsten Heher, erfreut, erscheint es notwendig, von seinen Ausführungen Kenntnis zu nehmen.

Er verlangt zunächst, daß bei den Waffenstillstandsbedingungen keine Rede von der "Ehre" des deutschen Volkes oder von einer eingebildeten oder tatsächlichen Stärke der Mittelmächte sein dürfe und formuliert dann seine Bedingungen die u. a. folgendes enthalten:

Befreiung des französischen Gebiets, Wiederaufbau der besetzten Provinzen, Regelung der Nordgrenzen Italiens entsprechend den Neutralitätsgrenzen, Räumung der russischen Gebiete, Bildung eines unabhängigen Polen mit Zugang zum Meer, Entschädigung für den unrechtmäßigen U-Boot-Krieg, Einsetzung von Gerichtshöfen für die Schuldigen in den kriegführenden Ländern, Nichtrückgabe der deutschen Kolonien, Wiederherstellung Rumaniens, Serbiens, Montenegros.

Die Bedingungen Northcliffes, decken sich teilweise mit denen Wilsons, sagen aber über wichtige Punkte des Wilson-Programms gar nichts, z. B. über die Freiheit der Meere und das Aufheben des Wirtschaftskrieges.

Deutschland hat sich auf den Boden des Wilson-Friedens im Ganzen gestellt, es kann nicht zugeben, daß man die Gegner sich einzelne Koffinen herausuchen, im übrigen aber die Friedensbedingungen nach ihren Wünschen festlegen.

Haag, 5. Nov. "Manchester Guardian" verlangt in seiner heutigen Ausgabe zu wissen, ob die von Lord Northcliffe veröffentlichten Bedingungen seine Privatanichten enthielten oder die Ansichten der britischen Regierung bezw. der Pariser Konferenz, oder ein Gemisch von allen diesen Fragen. Wenn das letztere der Fall sei, dann werde man die Fäden nicht entwirren können, denn Northcliffe sei der verantwortliche Leiter der Propagandaorganisation in den feindlichen Ländern. Es liege im Interesse nicht nur der feindlichen Länder, sondern auch der britischen Öffentlichkeit, Antwort auf die Frage zu bekommen, ob Northcliffes Veröffentlichung einen Teil dieser seiner Tätigkeit bilde.

Russische revolutionäre Propaganda in Deutschland.

Berlin, 5. Nov. Seit längerer Zeit liefen Fäden der in Deutschland unternommenen bolschewistischen Agitation in der russischen Botschaft zusammen. Bestimmte Beweise dafür waren bis jetzt schwer zu erbringen. Nunmehr aber ist es festgestellt worden, daß von Moskau aus revolutionäres Agitationsmaterial an die russische Botschaft in Berlin zur Weiterverbreitung in Deutschland gesandt wird. Gestern Abend ist ein für die russische Botschaft in Berlin bestimmter Kurier der Sowjetregierung auf dem Bahnhof Friedrichstraße eingetroffen. Beim Heruntertragen des Gepäcks stürzte eine Kiste auf die Treppe und wurde beschädigt. Dabei fielen eine ganze Masse in deutscher Sprache abgefaßte Flugblätter heraus, in denen die deutschen Arbeiter

und Soldaten zum blutigen Aufstand aufgefordert werden. Eines dieser Flugblätter enthält den Aufruf zum revolutionären Kampf. Ein zweites Flugblatt gibt Anleitung für diesen Kampf und empfiehlt Mord und Terror. Auf Ersuchen der Bahnbehörde wurde daraufhin das gesamte Gepäck des Kuriers der Sowjetregierung beschlagnahmt und zur Untersuchung gebracht.

Es kam keinem Zweifel unterliegen, daß dieses Vorgehen der russischen Regierung den völkerrechtlichen Grundfäden auf das entschiedenste widerspricht, und es ist mit Bestimmtheit zu erwarten, daß gegen diese Art der revolutionären Propaganda der russischen Regierung in Deutschland mit Hilfe der Kuriers der Sowjetregierung eingeschritten werden wird.

Abbruch der deutsch-russischen Beziehungen.

Berlin, 5. Nov. (W. B.) Die deutsche Regierung verlangte von der russischen Regierung Bürgschaften dafür, daß in Zukunft von ihren Organen keinerlei revolutionäre Agitation und Propaganda gegen die staatlichen Einrichtungen in Deutschland betrieben werde, und daß der noch immer ungeführte Nord an dem Grafen Mirbach eine ausreichende Sühne finde. Die russische Regierung wurde ersucht, bis zur Erfüllung dieser Forderungen ihre sämtlichen Vertreter aus Deutschland zurückzuziehen. Ebenso wurden die deutschen amtlichen Vertreter in Rußland abberufen.

Der neue Kriegskredit.

Berlin, 5. Nov. Der dritte Nachtragset zum Reichsetat für 1918 ist dem Reichstage jetzt zugegangen. Er fordert einen neuen Kriegskredit von 15 Milliarden.

Sozialpolitische Bundesratsverordnungen.

Berlin, 5. Nov. In den nächsten Tagen sind, wie zum Teil bereits angekündigt, neue Bundesratsverordnungen über folgende Gegenstände zu erwarten: 1. Erwerbslosen-Unterstützung; 2. Arbeitsnachweis; 3. Erhöhung der Verdienstgrenze in der Krankenversicherung; 4. Schaffung von Wohnungsverbänden in den Gemeinden; 5. Wirtschaftliche Demobilisierung.

Graf Schwerin-Löwitz †.

Berlin, 4. Nov. (W. B.) Der Präsident des Abgeordnetenhauses, Graf Schwerin-Löwitz, ist heute nachmittag 4 Uhr in seiner Amtswohnung in Berlin seinen Leiden erlegen.

Unruhen in Kiel.

Kiel, 4. Nov. Am Sonntag fanden in Kiel Unruhen statt, an denen sich Marinemannschaften und Arbeiter beteiligten, nachdem ein Führer der Unabhängigen Sozialdemokraten in einer Versammlung eine Ansprache gehalten hatte. Die Demonstranten beabsichtigten, zahlreiche, wegen schwerer Gehorsamsverweigerung in der Militär-Arrestanstalt festgesetzte Mannschaften des dritten Geschwaders gewaltsam zu befreien. Dabei kam es zu Zusammenstößen, wobei es 8 Tote und 29 Verwundete gab. Die Demonstranten schlugen auf ihrem Zug durch die Stadt die Scheiben ein, forderten in den Lokalen sitzende Kameraden auf, sich ihnen anzuschließen, und entwaffneten alle Patrouillen. Später trat Ruhe ein. (Zkf. Ztg.)

Kiel, 4. Nov. Der Gouverneur hat die Wünsche der Marinetruppen entgegengenommen, um neues Blutvergießen zu vermeiden. Die ganze Garnison unternahm nachmittags anlässlich der Freilassung der Gefangenen des dritten Geschwaders einen großen Umzug durch die Stadt. Im Zuge wurden rote Fahnen getragen. Die Demonstranten zogen nach dem Bahnhof, um den Staatssekretär Kaufmann und den Reichstagsabgeordneten Noske abzuholen, die von der Regierung nach Kiel geschickt worden sind. (Z. Ztg.)

Einigungsbestrebungen in der Sozialdemokratie.

München, 5. Nov. (Priv.-Tel. d. Zkf. Ztg.) In zwei großen Versammlungen berieten gestern Abend die Organisationen der Sozialdemokraten und der Unabhängigen zusammen über einen von den Obmännern der gesamten Münchener Arbeiterausschüsse ausgehenden Antrag, daß ein Versuch gemacht werden soll, den Streit innerhalb der Sozialdemokratie, unter dem die Arbeiterbewegung im gegenwärtigen Augenblick besonders schweren Schaden erleide, beizulegen. Es wurde auf einstimmigen Beschluß eine 14gliedrige Kommission gebildet, in der beide Richtungen zur gleichen Hälfte vertreten sind. Abgeordneter Ehrhard Auer entwickelte die Programmpunkte einer gemeinsamen Aktion, die sich, von München ausgehend, über das ganze Reich auf Grund folgender Forderungen erstrecken soll: Rücktritt des Kaisers, Vereidigung der Armee auf die Verfassung, Ablehnung der nationalen Verteidigung und Ausschaltung der reaktionären Elemente bei der Verwaltung, vor allem in Preußen. — Es ist bemerkenswert, daß diese Bewegung gerade von München ausgeht, wo die beiden Richtungen der Sozialdemokratie gegenwärtig in einem erbitterten Kampf ihrer beiden Führer Auer und Eisner um die Reichstagsersatzwahl stehen.

Schweres Eisenbahnunglück bei Saarbrücken.

Saarbrücken, 5. Nov. (W. B. Amtlich.) Gestern Abend gegen 6 1/2 Uhr geriet ein Wagen des Personenzuges 511 auf der Fahrt von Böllingen nach Bux in Brand. Der Zug wurde bei Kilometer 14,8 durch Ziehen der Notbremse zum Stehen gebracht, doch war ein Löschen des Wagens nicht mehr möglich, jodaß der ganze Oberwagenkasten ausbrannte.

Hierbei verunglückten 14 Reisende tödlich, während etwa 13 Personen Verletzungen erlitten. Vermutlich ist Benzin oder ein anderer feuergefährlicher Stoff heimlich im Wagen mitgeführt worden. Die weitere Untersuchung ist noch im Gang.

Weitere Zug einschränkung.

Das Zusammentreffen verschiedener ungünstiger Umstände macht energischste Maßnahmen notwendig, um größeren Verkehrsstörungen vorzubeugen. Die in jüngster Zeit zuletzt am 1. November vorgenommenen Zug einschränkungen hierfür noch nicht ausreichen, müssen vorübergehend noch weitere Züge weggelassen, ungeachtet der großen Unannehmlichkeiten, die daraus für den Verkehr, namentlich auch den Berufsverkehr entstehen. Das Publikum wird erneut ersucht, nur unaufschiebbare Reisen zu unternehmen, zumal mit der Erreichung von Anschlußzügen nicht sicher gerechnet werden kann.

Der Waffenstillstand mit Oesterreich.

Der sogenannte Waffenstillstand, den Oesterreich-Ungarn wegen seines inneren Verfalls und der Auflösung der Armee anzunehmen gezwungen war, geht über das, was man unter einem Waffenstillstand sonst versteht, weit hinaus und ist nach dem Muster, das gegen Bulgarien und die Türkei beliebt worden ist, und noch mehr als bei diesen, eine Entwaffnung und bedingungslose Unterwerfung. Daß derartige Waffenstillstandsbedingungen, die zum Teil schon die Friedensbedingungen einschließen, vielfach in direktem Widerspruch stehen zu den Wilsonschen Grundsätzen, auf die hin die Zentralmächte ihre Friedensangebote gemacht haben, wird in den Blättern vielfach hervorgehoben. Es ist der Nachfriede in seiner schlimmsten und rücksichtslosesten Gestalt. Von Gerechtigkeit und den Vorbedingungen eines zukünftigen Völkerbundes, ja selbst von den notwendigen Voraussetzungen eines dauernden Friedens ist wenig darin zu finden.

Es wird mit Recht darauf aufmerksam gemacht, daß die Erfüllung der Bedingungen, die der bisherige Kaiser Karl nicht mehr unterzeichnen wollte, in der Luft schwebt. Das alte Oesterreich-Ungarn ist in der Auflösung oder ist schon aufgelöst. Es ist nicht zu erkennen, wer die Verantwortung für die Erfüllung der Waffenstillstandsbedingungen übernimmt, zumal da die Lage Kaiser Karls auf dem Throne gezählt wird. Die einzelnen Nationalstaaten, die sich herausbilden, können zu den Waffenstillstandsbedingungen eine sehr verschiedene Stellung einnehmen, zumal da sie auch sehr verschieden davon betroffen werden.

Daß nach diesen Bedingungen trotz des formellen Protestes, der ausstandshalber noch von Oesterreich-Ungarn eingelegt worden ist, das gesamte Gebiet dieses Reiches nach dem Willen der Entente als Aufmarschterrain gegen Deutschland, und dessen bairisch-sächsisch-schlesische Grenze verwendet werden kann, unterliegt keinem Zweifel, wohl aber wird von sachverständiger Seite darauf hingewiesen, daß ein militärischer Aufmarsch der aus Italien vordringenden Heinde an die deutsche Reichsgrenze kein so leichtes Werk ist, wie in diesen aufgeregten Tagen man es sich in einzelnen Teilen Süddeutschlands vorgestellt zu haben scheint. Die italienische Armee und ihre verbündeten Kontingente rücken sehr langsam nach. Die außerordentliche Verwirrung, die auf allen Gebieten der Verwaltung in Oesterreich-Ungarn herrscht, die Erschöpfung der schon für gewöhnlich wenig leistungsfähigen Eisenbahnen, der Rohlenmangel, mit dem diese zu kämpfen haben und noch mehr zu kämpfen haben werden, nachdem die Zufuhr aus Deutschland ausbleibt, verzögern den Transport einer Armee ganz außerordentlich, zumal wenn es sich um die wenigen Wege über Gebirgsstraßen handelt. Die Reichsregierung, die über die Folgen dieses Waffenstillstandes für Deutschland beraten hat, warnt deshalb vor Unruhe und Ueberstürzung und versichert, daß in der militärischen Lage kein Anlaß zur Ueberstärkung gegeben ist.

Der Staatsrat von Deutsch-Oesterreich über den Waffenstillstand.

Wien, 4. Nov. (W. B.) Das Präsidium des deutsch-oesterreichischen Staatsrats verlaßt folgende Mitteilung: Der Staatsrat faßte in seiner heutigen Sitzung folgenden Beschluß: Der Staatsrat hat die Mitteilung des Armeekommandos entgegengenommen, daß sich das Armeekommando infolge der vollständigen Auflösung der Armee gezwungen gesehen hat, sich den Bedingungen des Siegers zu unterwerfen. Deutsch-Oesterreich hat keine eigene Armee. Seine Truppenkörper sind Verbänden zugeteilt, deren slavisch-magyarische Mehrheit nicht mehr kämpfen will. Daher ist Deutsch-Oesterreich nicht imstande den Kampf allein fortzusetzen. Aber wenn auch Deutsch-Oesterreich den Kampf an der Seite des Deutschen Reiches nicht allein fortsetzen kann, steht es doch nach wie vor in treuer Freundschaft zum Deutschen Reich und will die Friedensverhandlungen in engstem Einvernehmen mit dem Deutschen Reich führen. Es hält an der Hoffnung fest, daß aus dem Zusammenbruch Oesterreich-Ungarns eine staatliche Ordnung hervorgehen wird, welche eine lange dauernde Gemeinschaft des Deutschen Reiches und Deutsch-Oesterreichs begründet wird. Der Staatsrat erklärt schließlich, daß er die deutschen Gebiete Südtirols, deren Besetzung durch Italien er nicht verhindern kann, als einen unabtrennbaren Bestandteil des deutsch-oesterreichischen Staats betrachtet, und daß die vorübergehende Okkupation dieser Gebiete das Selbstbestimmungsrecht des deutschen Südtirols nicht aufheben kann.

Erbitterung über den Waffenstillstand.

Wien, 5. Nov. Die Erbitterung über die Waffenstillstandsbedingungen ist im Steigen begriffen. Sie beschränkt sich aber nicht auf die Deutschen, sondern hat auch die Südslawen

ergriffen, die jetzt toben und an die Front verlangen, um alle Italiener umzubringen. Jetzt kommt aber ihre Erbitterung zu spät. Es wäre klüger gewesen, die südslawischen Heere hätten sich weniger auf ihre Freunde bei der Entente verlassen und die Front gehalten, statt durch ihren Abfall die Kapitulation Oesterreichs mit herbeizuführen.

Volkswehr und Rote Garde.

Wien, 4. Nov. (W. B.) Die Blätter melden: Die Anwerbungen zur neu errichteten Volkswehr nehmen einen guten Verlauf. Es soll bereits die Aufstellung mehrerer Bataillone zu je 450 Mann gesichert sein. Auch die vom Unterstaatssekretär des Heerwesens Dr. Deutsch neben der Volkswehr zugelassene Anwerbung für die Rote Garde findet, wie der „Abend“ berichtet, lebhaften Zuspruch. Die Bezeichnung des Kriegsministeriums am Stubenring ist, wie große Plakate beim Eingang des Gebäudes zeigen, in Staatsamt für das Heerwesen umgeändert worden.

Kaiser Karls Verzicht auf das Oberkommando.

Wien, 4. Nov. (W. B.) Meldung des Wiener A. N. Korrespondenz: Kaiser Karl übergab am 2. November das Armeekommando an Feldmarschall Freiherrn Koehel.

Die deutschen Balkan-Truppen.

Budapest, 4. Nov. (W. B.) Der Kriegsminister ordnete an, daß die durch Ungarn durchziehenden deutschen Truppen nicht zu entwaffnen, sondern mit voller Ausrüstung und Bewaffnung ungehindert weiterzubefördern sind.

Rußland.

Ein Friedensvorschlag an die Entente.

Berlin, 5. Nov. Aus Moskau meldet die „Kosla“: Heute am 3. November sandte der Kommissar für auswärtige Angelegenheiten Tschitscherin den neutralen Konsuln folgende Erklärung zur Übermittlung an die Regierungen Englands, Frankreichs, Italiens, Japans und der Vereinigten Staaten von Nordamerika:

„Ihren Wünschen folgend, dem bewaffneten Konflikt zwischen den russischen Truppen und denen dieser Mächte ein Ende zu machen, schlägt die russische Regierung vor, Verhandlungen zwecks Beendigung dieses Konflikts einzuleiten und fragt demgemäß an, wann und wo die Vertreter beider Seiten zu diesem Zweck zusammentreten könnten.“

Der „Vorwärts“ erklärt, daß der Schritt der russischen Regierung zweifellos durch den Niedergang des Widerstandes der Vierbündestaaten beeinflusst sei, und insofern sei es ein Schritt politischer Klugheit. Die Sowjetregierung müsse sich freilich klar sein, daß aus dem Lager ihrer Feinde als Antwort nicht bloß die Forderung der militärischen Kapitulation zu erwarten sei, auch die politische Kapitulation könne auf die Tafel gesetzt werden. Das sei sogar wahrscheinlich.

England.

Das passive Frauenwahlrecht.

Basel, 5. Nov. Nach einem Londoner Havasbericht nahm das englische Unterhaus einstimmig in zweiter Lesung die Bill an, durch die die Frauen das Recht erhalten, ins Unterhaus gewählt zu werden.

Lokalnachrichten.

* Königstein, 6. Nov. Eine wichtige Fahrplanänderung tritt auf hiesiger Bahn ab morgen in Kraft. Der Zug Nr. 11, der an Werktagen seither 3.30 Uhr nachmittags und als Güterzug mit Personenbeförderung gefahren wurde, verkehrt jetzt nur noch wie an Sonntagen, also in Königstein ab 4.40 Uhr nachmittags, Ankunft in Höchst 5.19 Uhr. Eine Güterbeförderung findet mit diesem Zuge dann nicht mehr statt, aber die bisherigen Anschlußzüge in Höchst bleiben bestehen.

* Seitens des Stellv. Generalkommandos des 18. Armeekorps ist für die Orte Bad Homburg v. d. H., Cronberg, Königstein, Soden, Rauheim und Friedberg die verschärfte Meldepflicht angeordnet worden. Jeder, der in den genannten Orten wohnt oder sich dort vorübergehend aufhält, muß im Besitze eines Ausweises über seine Person sein, den er stets bei sich zu führen und den Polizeibeamten, Hilfspolizeibeamten und Gendarmen auf Verlangen vorzuzeigen hat. Zureisende, Kinder unter 12 Jahren ausgenommen, die über Nacht oder über 10 Stunden sich aufhalten wollen, haben sich sofort nach ihrer Ankunft persönlich auf der Meldestelle anzumelden und über ihre Person sich auszuweisen. Neutralen und feindlichen Ausländern ist die Zureise verboten. Die weiteren Bestimmungen werden wir in nächster Nummer veröffentlichen.

* Nach langer Abwesenheit ist jetzt zu kurzem Urlaub Heinrich Schwager von hier zurückgekommen. Er war vor fast vier Jahren in russische Gefangenschaft geraten, dann im Kaukasus interniert und ist von da nach dem Zusammenbruch der russischen Herrschaft über das Asowsche Meer entwichen. Bei den Deutschen wieder eingetroffen, wurde er den Truppen in der Ukraine zugeteilt, aus Kiew ist er jetzt zur großen Freude seiner Angehörigen zum ersten Urlaub in die Heimat zurückgekehrt.

* Im Westen fiel schon am 8. Oktober Heinrich Flügel von hier, 24 Jahre alt. Die Mutter des Gefallenen, der seinen Vater Johann Flügel schon früh verlor, starb während der Kriege, der einzige Bruder Franz steht im Felde, weitere Angehörige hat er nicht mehr hier, so daß sein Selbentod erst jetzt hier bekannt geworden ist.

* Hornau, 6. Nov. (Vereitelter Schweinediebstahl). Vorvergangene Nacht wollten Diebe bei einem hiesigen Einwohner einen Schweinediebstahl ausführen. Das